

ZUM WANDEL DER GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN LEITBILDER IN BULGARIEN WÄHREND DER SECHZIGER UND SIEBZIGER JAHRE

Ivo Georgiev

Die sechziger Jahre haben auch in Bulgarien eine „Tauwetter“-Phase des staatssozialistischen Systems eingeleitet. Ein Geist der Befreiung, ein neuer, undogmatischer Diskurs breitete sich in den Universitäten, Verbänden, wissenschaftlichen Einrichtungen und Künstlerakademien aus. Eine junge Generation von kritischen Schriftstellern und Intellektuellen meldete sich zu Wort.¹ Im Gegensatz zum literarischen Tauwetter jedoch sind die Liberalisierungstendenzen in der Wirtschaftspolitik aus dieser Zeit bisher nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen worden. Auf den ersten Blick gibt es auch wenig Anlaß, bedeutende Reformprojekte hinter der unterwürfigen, moskautreuen Fassade des kommunistischen Regimes zu vermuten. Bekanntlich konnte sich in Bulgarien keine Dissidentenbewegung herausbilden, und der einzige organisierte Putschversuch gegen Parteichef Schiwkow 1965 wurde nicht etwa von demokratisch gesinnten Systemgegnern getragen, sondern ganz im Gegenteil – er wurde von konservativen, maoistisch orientierten Generälen vorbereitet, denen Schiwkow zu unsozialistisch war.

In diesem Beitrag möchte ich einen Blick hinter die ideologische Fassade des bulgarischen Staatssozialismus in den sechziger Jahren werfen. Neuere Recherchen bulgarischer Historiker vermitteln ein sehr dynamisches Bild dieser Zeit, ein Jahrzehnt des Experimentierens und enttäuschter Hoffnungen auch im Hinblick auf die sozialistische Ökonomie. Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt meiner Untersuchung. Mich interessieren die Hintergründe für das Aufkommen der wirtschaftlichen Liberalisierung einerseits und die Ursachen für den Abbruch dieser Reformversuche ab 1968 andererseits.

Der Große Sprung und seine Folgen

Dem „Tauwetter“ vorausgegangen war ein anderes wirtschaftliches Experiment, das unter dem Namen „der Große Sprung“ in die bulgarische Geschichte eingegangen ist. (Die Assoziation mit dem chinesischen „Großen Sprung nach vorn“ liegt auf der Hand). Politisch entsprach dieser Plan dem Zeitgeist der fünfziger Jahre im Ostblock – eine beschleunigte Industrialisierung und rasche Kollektivierung der Landwirtschaft. Die bulgarische Staatsführung war sehr bemüht, diesem Modell zu folgen. Der besondere Eifer, mit dem Todor Schiwkow den „Sprung“ plante, hängt auch mit seiner noch ungefestigten Machtposition in der Kommunistischen Partei zusammen.² Es gab aber auch soziale und wirtschaftliche Gründe für diese Strategie. Der Fünfjahrplan 1953–1958 sah die rasche

1 Vgl. Atanas Slavov, *The „Thaw“ in the Bulgarian Literature*, New York 1981.

2 James F. Brown, *Bulgaria Under Communist Rule*, New York 1970, S. 86f.

Vollendung der Kollektivierung der Landwirtschaft vor. Dies setzte eine Masse von beschäftigungslosen Bauern frei, die dann in die städtische Industrie abwandern mußten, um einen Arbeitsplatz zu finden. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie verdoppelte sich in dieser Zeit tatsächlich, allerdings konnten sich die unerfahrenen jungen Arbeiter schlecht im neuen System der industriellen Großproduktion zurechtfinden. Ende 1958 wurde der Fünfjahrplan weit nach oben korrigiert. Hintergrund dieser Korrektur waren die sozialen Probleme, die sich durch den Abschluß der Kollektivierung ergeben hatten. Die freigesetzten Arbeitskräfte konnten nicht schnell genug in der gerade entstehenden Industrie eingesetzt werden, so daß die Arbeitslosigkeit in den Städten anstieg.³ Dies wurde schon 1956 offensichtlich, zwei Jahre später waren über 300 000 Arbeiter ohne Beschäftigung, und die Regierung mußte handeln. Der Plan sah deshalb vor, bis zum Jahre 1962 400 000 neue Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen. Zusätzlich sollten 1957 etwa 10 000 bulgarische Vertragsarbeiter in die Sowjetunion geschickt werden, um die Beschäftigungssituation zu entspannen.

Der „Große Sprung“ hatte eine gewaltige, einmalige Mobilisierung der Gesellschaft notwendig gemacht, das Land schien einem regelrechten „Industrialisierungswahn“ verfallen zu sein. Der US-amerikanische Balkanhistoriker J. F. Brown findet, daß diese Mobilisierungswelle nichts Analoges in der Geschichte des Landes hatte und spricht von einer enormen Überspannung und Überforderung der gesellschaftlichen Kräfte.⁴ Der Plan sollte in drei statt in fünf Jahren erfüllt werden. Die Planvorgaben für den „Sprung“ waren so abenteuerlich, daß sich Schiwkow ironische Kommentare von Chruschtschow anhören mußte („Die Bulgaren wollen uns alle übertreffen.“).⁵ Eine „Bewegung für kommunistische Arbeit“ wurde ins Leben gerufen, man appellierte an die kommunistische Gesinnung und versuchte, mit Aktionismus und Propaganda die sich verschärfenden sozialen Probleme zu vertuschen. Mit der vorangetriebenen Industrialisierung wurde zwar ein gewisser Erfolg erreicht, doch waren die Ergebnisse nicht so gut wie erwartet. Dieses Sturm- und Drang-Experiment wurde 1961 eingestellt, weil es seine Ziele nicht erreicht hatte. Die Bevölkerung war aufgerufen, Opfer zu bringen, ohne daß sich der Lebensstandard verbessert hatte.

Während des „Großen Sprungs“ (1957–1960) war auch die Sorge um die soziale Lage der Werktätigen in den Hintergrund getreten. Die erste Referenz zu der sozialen Lage stammt aus dem Jahr 1954. Im Geiste des in Moskau angekündigten „neuen Versorgungskurses“ beschloß die Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) auf ihrem sechsten Parteitag eine deutliche Verbesserung der sozialen Lage. Eine Umlenkung von Ressourcen in den konsumtiven Bereich und eine substantielle Erhöhung des Lebensstandards der Landbevölkerung wur-

3 Iliana Marcheva, Striche zur Industrialisierungspolitik – die Modernisierung Bulgariens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Todorova Zvetana (Hg.), Probleme der Entwicklung Bulgariens in den 20er bis 90er Jahren des 20. Jahrhunderts, Sofia 1997, S. 229–240, hier S. 231.

4 Brown, Bulgaria, S. 94.

5 Iliana Marcheva, Todor Zhivkov – patjat kam vlastta, Institut po istorija, BAN, Sofia 2001, S. 195.

den zum obersten Ziel erklärt.⁶ Dieses Ziel konnte jedoch in der Phase der beschleunigten Industrialisierung nicht erfüllt werden. Die Erschaffung einer kommunistischen „Wohlstandsgesellschaft“ lag in weiter Ferne.

Anfang der sechziger Jahre wurde allen klar, daß die hochgesteckten Ziele des „Großen Sprungs“ mit den vorhandenen Kapazitäten nicht zu erfüllen waren. So begann die Staatsführung ernsthafte Diskussionen über die Frage, wie man neue Ressourcen und Rohstoffe für die verarbeitende Industrie importieren könnte. Andererseits suchte man nach neuen Wegen, die Wirtschaft von bürokratischer Kontrolle zu befreien und eine, wenn auch begrenzte, marktwirtschaftliche Dynamik einzuführen. Der eine Lösungsansatz sah eine weitgehende Anpassung der bulgarischen Wirtschaft an die sowjetische vor, bis hin zu einer politischen Angliederung des Landes an die UdSSR als deren 16. Republik. Der andere Ansatz bestand in der partiellen Dezentralisierung der wirtschaftlichen Lenkung nach dem Vorbild der Länder Ostmitteleuropas. Beide Strategien wurden in den sechziger Jahren nur teilweise umgesetzt, ihre Folgen hatten jedoch eine prägende Wirkung auf die bulgarische Gesellschaft bis hin zum Wendejahr 1989.

Die Reformen der sechziger Jahre

Ähnlich wie in den anderen Ostblockländern richtete sich die Diskussion innerhalb der BKP während der sechziger Jahre auf eine umfassende Reform der Wirtschaft, ohne jedoch die zentrale Planwirtschaft direkt in Frage zu stellen. Mit dem Nachlassen der Möglichkeiten des extensiven Wachstums suchte man nach neuen Wegen zur Steigerung der Produktivität und der Effizienz in der Arbeit der Wirtschaftseinheiten. Das war die wichtigste Botschaft des sogenannten „neuen Systems wirtschaftlicher Planung und Steuerung“, das 1964 in Bulgarien offiziell beschlossen wurde.⁷ Protagonisten dieser Linie waren zeitweise Mitglieder des inneren Zirkels der Partei, wie z.B. der bekannte Ökonom Evgeni Mateev – damals Berater im Kabinett von Ministerpräsident Schiwkow. Die Grundthesen dieses Projektes weisen viele Ähnlichkeiten mit den Reformprogrammen anderer Ostblockstaaten auf (Ungarn vor allem) und wurden auch in der damaligen Sowjetunion intensiv diskutiert und experimentiert.

Auch wenn die zentrale Planung oberster Grundsatz blieb, wurden nun den Betrieben erhebliche Freiräume gewährt. So sollten die Unternehmen grundsätzlich nicht vom Staat, sondern durch Eigenkapital und Bankkredite finanziert werden. Das Gewinnprinzip wurde eingeführt, die Eigenverantwortung der Betriebsführung wurde gestärkt. Bei der Planerstellung sollten jetzt die Betriebe weit mehr beteiligt werden als zuvor. Aus dem Staatsbudget wurden weiterhin bestimmte strategische Industriezweige (die Schwerindustrie, die sogenannten nichtproduktiven Zweige, einige neue Großprojekte) finanziert, für die das neue System überhaupt nur begrenzt galt. Dagegen sollte der Anteil der Staatsaufträge

6 Evgenija Kalinova/Iskra Baeva, *Balgarskite prechodi 1944–1999*, Sofia 2000, S. 81.

7 Ebd., S. 93ff.

an der Gesamtproduktion in der Glasindustrie und in der Textilindustrie nur noch 40 % betragen. Hier stellt sich die berechnete Frage, inwiefern diese Rhetorik einen Bezug zur Realität hatte und ob es sich dabei nicht bloß um eine verbale Absichtserklärung handelte, die Reformen vortäuschen sollte.

Ohne den Einfluß der allgemeinen Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des damaligen Ostblocks zu unterschätzen, ist es doch offensichtlich, daß das bulgarische Reformprojekt seinen Ursprung in einer Reihe von praktischen Experimenten mit neuen Formen wirtschaftlicher Steuerung hatte. 1964 wurden die ersten 50 Betriebe (die meisten in der Textilindustrie) nach dem „neuen System“ umgestaltet, ein Jahr später wurde es mit spürbarem Erfolg auf etwa 40 % der gesamten bulgarischen Industrie ausgedehnt.⁸ Nach offiziellen Angaben erreichten diese Betriebe eine deutlich größere Arbeitsproduktivität, die Zuwachsraten der Industrieproduktion in den Unternehmen des „neuen Systems“ lag um 5 % über dem Durchschnitt. Die Parteiführung geriet zeitweise sogar in eine euphorische Stimmung und verfaßte im April 1966 noch weitergehende Reformpläne. Todor Schiwkow stellte sich das ehrgeizige Ziel, in fünf Jahren die wirtschaftlich besser entwickelten RGW-Länder wie Polen, Ungarn und die UdSSR einzuholen. Das neue System sollte dann von 1967 ab in der ganzen bulgarischen Volkswirtschaft angewendet werden. Die Unternehmen sollten nach den Grundsätzen des „sozialistischen Profits“ geführt werden und direkte Verträge mit dem Handel abschließen können. Nach jugoslawischem Vorbild sollten sogar innerbetriebliche Produktionskomitees gewählt werden und somit eine stärkere Anteilnahme und Mitbestimmung der Arbeiter gewährleisten. Eine etappenweise Preisreform hatte zum Ziel, die Produktionskosten besser zu berücksichtigen, für bestimmte Konsumgüter sollte es keine Preisvorschriften mehr geben.

Trotz der ersten Erfolge waren diese Reformschritte heftig umstritten. Ein Blick in die damalige bulgarische Presse zeigt, welches unerwartete Ausmaß die Konfrontation von Meinungen über die Zukunft der Reformen im Winter 1966 erreicht hatte. Im Parteiorgan „Rabotnicesko delo“ vom 13. Januar setzte sich Professor Georgi Petrow für die Aufhebung aller obligatorischen Plankennziffern unter dem neuen System ein. Die Unternehmen sollten das Recht bekommen, die von den Planungsorganen festgelegten Richtlinien und Preise abzulehnen, wenn diese ihren Möglichkeiten und Interessen nicht entsprächen. Petrow plädierte für Wettbewerbsfreiheit und kritisierte den „Monopolcharakter“ der neuen staatlichen Trusts und Konzerne, in welche die einzelnen Betriebe eingebaut werden sollten. Die Reaktion konservativer Wirtschaftspolitiker und Ökonomen war rasch und unmißverständlich: sie mahnten, daß Petrows Vorschläge auf eine völlige Abschaffung der Zentralplanung hinausliefen und außerdem zur Inflation führen müßten. Unter keinen Umständen wollten sie allzu große Kompetenzen in die Hände der Unternehmen legen.

Die Diskussion offenbarte nicht nur die ideologischen Fronten zwischen Anhängern und Gegnern des „neuen Systems“ innerhalb der Machtstrukturen, son-

8 Ebd., S. 94.

dem auch einige wirkliche Probleme bei dessen Einführung. So berichteten die Medien über die Verschlechterung der Qualität der Produktion in einigen Fällen, über „ungerechtfertigtes Anwachsen der Gehälter“ und Korruption, über Widersprüche in den staatlichen Vorgaben und insgesamt bei der Anwendung des neuen Systems.

Die Widersprüchlichkeit des bulgarischen Reformprojektes wird am Beispiel der Außenhandelsgesellschaft „Texim“ besonders deutlich. Schon 1961 mit besonderer Genehmigung der Parteispitze gegründet, verzeichnete „Texim“ in den neun Jahren ihrer Existenz beträchtliche Profite und funktionierte als Unternehmen mit einer autonomen Entscheidungsbefugnis über Preise und Investitionen praktisch wie eine kapitalistische Insel innerhalb der Planwirtschaft. Das ursprüngliche Ziel dieser Firmengründung war, die Abhängigkeit von der sowjetischen Ökonomie zu vermindern sowie darüber hinaus die einseitige Fixierung auf den RGW-Markt zu überwinden. „Texim“ handelte ausschließlich mit Ländern der Dritten Welt und mit westlichen Unternehmen. Der privilegierte Sonderstatus dieser Firma war vielen Wirtschaftsführern und Betriebsdirektoren ein Dorn im Auge.⁹ Im Machtkampf der oberen Staatsführung wurden dann diese Ressentiments gegen die Geschäftsführer von „Texim“ instrumentalisiert. Mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert, wurden sie vor Gericht gestellt und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das florierende Unternehmen wurde dann 1970 liquidiert.¹⁰

Das Ende des Tauwetters in der bulgarischen Wirtschaft

Einen Monat vor dem Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, auf dem Juli-Plenum des ZK der bulgarischen KP 1968, wurde offiziell die Rücknahme des Reformkonzeptes beschlossen. Obwohl der Beschluß vorsichtig als „Modifikation“ des neuen Steuerungssystems bezeichnet wurde, beinhaltete er im wesentlichen die Rückkehr zur alten, zentralisierten Planwirtschaft. Die Hintergründe dieser folgenschweren Entscheidung können noch nicht vollständig rekonstruiert werden. Bulgarische Autoren machen den Stimmungswechsel in Moskau und die hohen Wellen, die der Prager Frühling international geschlagen hatte, allein verantwortlich für den Reformstopp in Bulgarien.¹¹

Bei genauerer Betrachtung scheinen jedoch auch andere, endogene Faktoren eine wesentliche Rolle gespielt zu haben. So stellt J. F. Brown fest, daß schon im November 1967 der Enthusiasmus der bulgarischen Staatsführung bei der Liberalisierung der Wirtschaft sehr stark nachgelassen hatte.¹² Aus gutem Grund: einige der Neuerungen, wie z.B. die flexible Preisbildung, konnten gar nicht in so kurzer Zeit umgesetzt werden. Innerhalb der Wirtschaftsbürokratie war der Eindruck entstanden, daß diese Reform die Betriebe dermaßen überforderte, daß sie sich dagegen wehrten und „das neue System“ als Ganzes ablehnten. Brown

9 Ognjan Doinov, Spomeni, Sofia 2002, S. 46.

10 Vgl. Zhivko Zhivkov, Kraglata masa na Politbjuro, Sofia 1991, S. 115–119.

11 Vgl. Kalinova/Baeva, Balgarskite prechodi, S. 94.

12 Brown, Bulgaria, S. 170–173.

selbst kommentiert, daß die relativ unterentwickelte bulgarische Wirtschaft einige der Reformvorschläge sicherlich nicht hätte verkraften können. Wenn sogar liberale Ökonomen wie E. Mateev einzelne Reformschritte für unzeitgemäß hielten, dann kann man sich den Widerstand der Apparatschiks sehr gut vorstellen. So verkündete ein Staatsdekret vom November 1967, daß der Boden für die Umsetzung des „neuen Systems“ offenbar noch nicht vorbereitet sei. „Apathie und Konservatismus“ in allen Branchen der Wirtschaftsverwaltung seien dafür verantwortlich und sollten bekämpft werden.

Die neue Wendung in der Wirtschaftspolitik vollzog sich in Etappen und wurde erst 1971 abgeschlossen. Die liberalen Vordenker der Reform konnten zwar weiterhin ihre Thesen verbreiten, erhielten aber keine Unterstützung der Parteispitze mehr. So veröffentlichte Professor Georgi Petrow 1969 sein Buch „Warenrelationen und Preisbildung im Sozialismus“, in dem er noch einmal ausführlich für seine Thesen warb und eine komplette Freigabe der Preise forderte. Bezeichnend ist, daß die konservative Antwort auf dieses Werk ganze zwei Jahre auf sich warten ließ. Erst im Sommer 1971 wurde das Buch in der Fachzeitschrift „Ikonomicheska misal“ von „gesunden“ marxistisch-leninistischen Positionen aus förmlich zerrissen.¹³ Diese „Verspätung“ weist offenbar darauf hin, daß Petrow mit seiner Meinung nicht allein stand, und daß diese Ideen auch nach der Niederschlagung des Prager Frühlings in Bulgarien ihr Publikum hatten. Der Abbruch der wirtschaftlichen Reformen machte aber auch deutlich, daß es unmöglich war, eine tiefgreifende Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen ohne gleichzeitige Veränderung der politisch administrativen Ordnung zu erreichen.

Die „immer weitergehende Annäherung an die Sowjetunion“

Todor Schiwkow wollte in der Tat Bulgarien an die UdSSR anschließen. Zweimal (1963 und 1973) schlug der KP-Chef die „politische Vereinigung“ beider Länder vor, ohne Aussicht auf Erfolg. Diese aus heutiger Sicht absurde Idee findet im Kontext der sechziger Jahre ihre plausible Erklärung. 1962 war ein Krisenjahr für die bulgarische Wirtschaft. Die enormen Investitionen in der Schwerindustrie verursachten ständig Defizite im Staatsbudget und die KP verordnete Sparprogramme in der Sozialpolitik, die jedoch das Problem nicht lösen konnten. Im selben Jahr versagte auch die Landwirtschaft. Die stark zentralisierten Kooperativen (TKZS) schafften es nicht, das Land mit Nahrungsmitteln zu versorgen und die staatlichen Vorgaben für den Export von landwirtschaftlichen Produkten blieben unerfüllt. Die Mangelwirtschaft und die sozialen Spannungen setzten die Regierenden unter Druck.¹⁴ Einen Ausweg fand Schiwkow, indem er ein besonders enges Verhältnis zur Sowjetunion aufbaute, das in den kommenden Jahren erhebliche ökonomische Vorteile bringen sollte. Günstige Kredite,

13 Rada Nikolaev, Unorthodox Economist Again in the Limelight, in: Radio Free Europe Research Report, 1.9.1971, S. 7.

14 Iliana Marcheva, Todor Zhivkov – patjat kam vlastta, Institut po istorija, BAN, Sofia 2001, S. 232.

günstige Versorgung mit Energieträgern, günstige Absatzmöglichkeiten für bulgarische Erzeugnisse (oft in schlechter Qualität) – all das war die Gegenleistung für eine beispiellose Loyalität gegenüber Moskau. Schiwkow war sich möglicherweise auch im klaren, wie unrealistisch und erniedrigend sein Plan war. Doch er verstand es bestens, daraus Vorteile für seine Machtstellung und für die bulgarische Wirtschaft zu ziehen.¹⁵

Der Joghurt-Kommunismus der siebziger Jahre

Die siebziger Jahre begannen unter dem Vorzeichen einer Rezentralisierung der Industrie und der Landwirtschaft. Um die Steuerung der Wirtschaft effizienter zu gestalten, wurden zentrale Branchenvereinigungen (DSO) gegründet und die Betriebseinheiten vergrößert. Dabei nahm die Partei diesmal die Versorgungsprobleme der Bevölkerung ernst und machte auch substantielle Abstriche vom Postulat der zentralisierten, in staatlichen Genossenschaften organisierten Landwirtschaft.

„Wenn es bei uns an Käse, Joghurt und Lammfleisch mangeln würde, dann bricht eine Konterrevolution aus. Unsere Macht beruht auf Joghurt und auf Käse“, erklärte Todor Schiwkow seine einfache Einstellung zur Frage der Machterhaltung.¹⁶ Im Dezember 1973 wurden die „persönlichen Wirtschaften“ – um das Wort „privat“ zu vermeiden – abgesegnet. Jeder Bürger durfte einen halben Hektar Land privat bewirtschaften und soviel Vieh halten, wie er wollte, dafür auch noch Weideland und Kredite vom Staat in Anspruch nehmen. Alle administrativen Hindernisse, die der Nutzung der „persönlichen Wirtschaften“ im Wege standen, wurden abgeschafft. Die Familien durften nicht nur Nahrungsmittel für den Eigenbedarf erzeugen, sondern auch ihre Produkte als Ware frei verkaufen. Der Erfolg dieser Maßnahme übertraf alle Erwartungen.¹⁷ 1976 kam über ein Drittel des bulgarischen Fleischaufkommens aus den persönlichen Wirtschaften, in den achtziger Jahren waren sie für 23 % der gesamten landwirtschaftlichen Produktion verantwortlich. Die „materielle Interessiertheit“ der Bauern war schließlich so hoch, daß sie oft ihre ersten Jobs in den Genossenschaften und in den Fabriken vernachlässigten, um sich vorzugsweise dem eigenen Ackerland widmen zu können. Als 1974 die Arbeitswoche von 48 auf 42,5 Stunden reduziert wurde, kam dies auch den privaten Wirtschaften zugute – immer mehr Menschen machten Viehhaltung und Gemüseanbau zu ihrer bevorzugten Wochenendbeschäftigung. Die Landwirtschaft war auch das Prüffeld für die nächste umfassende Wirtschaftsreform, die als „Neuer Ökonomischer Mechanismus“ 1981 gestartet wurde und dessen Ziel wiederum eine Dezentralisierung und Förderung der privaten Initiative der Menschen war.

15 Iskra Baeva, *Sblizhenieto mezhdou Balgarija i Savetskija sajuz (1963–1973)*, in: Ders. (Hg.), *Balgarija i Iztochna Evropa*, Sofia 2001, S. 122f.

16 Kalinova/Baeva, *Balgarskite prechodi*, S. 118.

17 Wolf Oschlies, *Bulgariens Kurs in den achtziger Jahren*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage der Zeitung das Parlament vom 29.6.1985, S. 8–9.

Beeindruckt vom erreichten Wohlstand in der bulgarischen Provinz bezeichnete der deutsche Balkanhistoriker W. Oschlies die Schiwkow-Ära in den siebziger Jahren als eine Art „Joghurt-Kommunismus“ (analog zum „Gulasch-Kommunismus“ in Ungarn), der folgende Züge trage: „ein gelassenes Verhältnis zu ideologischen Doktrinen, die mehr oder minder nach dem Grundsatz gehandhabt werden, daß „sozialistisch“ ist, was Bulgarien nützt; ein intaktes Rückgrat gegenüber nationaler Historie; ein pragmatisches Verständnis von Wirtschaft, wo vieles ausprobiert und Nichtbewährtes augenblicklich verworfen wird; mit gesunden Eigeninteressen, die gelegentlich mit beachtlicher Ellbogenhärte durchgesetzt werden; mit unterentwickeltem Talent für ideologisch-politische Berührungssängste.“¹⁸

18 Ebd., S. 4.